Sehr geehrte Abgeordnete der SPD-Fraktion im Bundestag,

mein Name ist ................, ich wohne in ............. und bin .................

Leider kann ich  nicht sagen, dass ich nun nach einem Jahr Ampelkoalition optimistischer bin, was diese Themen angeht.

Der „Klimakanzler“ hat sich zum 1,5-Grad-Ziel bekannt. Im Verkehrsbereich ist aber von einer echten Veränderung nichts zu spüren. Der CO2-Ausstoß im Verkehrssektor steigt unaufhörlich weiter.

Mit größter Besorgnis höre ich nun, dass mit einem „Beschleunigungsgesetz“ auch der Straßenneubau beschleunigt werden soll.

Der Bau neuer Autobahnen ist hochgradig klimaschädlich. Dazu trägt zum Einen die „Graue Energie“ bei. „Zement erzeugt mehr CO2 als alle LKW der Welt zusammen“ [https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2019/08/18/zement-erzeugt-mehr-co2-lkw](https://deref-gmx.net/mail/client/y2M424rWpd0/dereferrer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fdeutsche-wirtschafts-nachrichten.de%2F2019%2F08%2F18%2Fzement-erzeugt-mehr-co2-lkw).

Auch können wir uns in Zeiten von Klimakrise, Artensterben und Versorgungsunsicherheit keinen weiteren Verlust von Wäldern, Mooren, Schutzgebieten und Ackerflächen durch den Bau neuer Straßen mehr leisten.

Schließlich führen neue Straßen immer zu mehr Verkehr, wir brauchen aber eine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene, um die Klimaziele einzuhalten.

Darüberhinaus ist es staatsrechtlich sehr fragwürdig, eine Beschleunigung von Autobahnneubauten im Stile einer Notstandsgesetzgebung zu beschließen. Nicht klimaschädliche Bauvorhaben sind im überragenden öffentlichen Interesse, sondern der Klimaschutz. Die SPD war jeweils Teil der Regierung, die 2015 das Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet hat und 2021 aufgrund mangelnden Klimaschutzes vom Bundesverfassungsgericht verurteilt wurde.

Der aktuelle Koalitionsvertrag führt dazu aus:

„Die erforderlichen Entscheidungen zur Erreichung unserer Klimaschutzziele für 2030 und 2045 mit dem Ziel der Dekarbonisierung des Mobilitätsbereiches werden wir treffen und die praktische Umsetzung deutlich beschleunigen. …..“

„Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen weiter erhöht und langfristig abgesichert werden. **Dabei wollen wir erheblich mehr in die Schiene als in die Straße investieren, um prioritär Projekte eines Deutschlandtaktes umzusetzen. Bei den Bundesfernstraßen wollen wir einen stärkeren Fokus auf Erhalt und Sanierung legen, mit besonderem Schwerpunkt auf Ingenieurbauwerke.** Dazu werden wir den Anteil der Erhaltungsmittel bis 2025 bei wachsendem Etat schrittweise erhöhen.

Wir streben einen neuen Infrastrukturkonsens bei den Bundesverkehrswegen an. Dazu werden wir parallel zur laufenden Bedarfsplanüberprüfung einen Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden starten **mit dem Ziel einer Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplan. Bis zur Bedarfsplanüberprüfung gibt es eine gemeinsame Abstimmung über die laufenden Projekte.**“

Wenn nun Ihr Koalitionspartner, die Grünen, auf die Umsetzung des Koalitionsvertrages pochen (muss) und dafür plädiert, dass Milliarden Steuergelder und knappe Planungs- und Baukapazitäten statt für klimaschädlichen Straßenneubau wie vereinbart für die jahrzehntelang vernachlässigte Sanierung von Brücken und Sanierung und Ausbau der Schiene verwendet werden, bezeichnet Ihr Parteivorsitzender Herr Klingbeil dies als „kleinkariert“.

Hierüber bin ich schockiert und bitte Sie inständig, das Beschleunigungsgesetz, solange es Straßenneubau enthält, abzulehnen.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen